

Terres des hommes/ Gruppe Hagen
Frau Barbara Blindert

Hochstr. 116

58095 Hagen

Hagen, den 13.08.2017

Sehr geehrte Frau Blindert,

ich danke für die Übersendung der an mich als Bundestagskandidatin gerichteten Fragen und erlaube mir diese wie folgt zu beantworten:

► Werden Sie sich dafür einsetzen, dass Kinderrechte im Grundgesetz verankert werden?

Selbstverständlich streite ich für Kinderrechte – in Deutschland wie auf der ganzen Welt. Kinderrechte sind bereits über Art. 1 Abs.1 GG – den Schutz der Menschenwürde – geschützt und im Grundgesetz verankert. Eine explizite Nennung würde das Schutzniveau nicht weiter verbessern, wäre mithin bloße Symbolpolitik. Als Juristin ist mir der Regelungsgehalt von Gesetzen unter Beibehaltung einer ganzheitlichen Systematik, nicht ihre Symbolik wichtig.

► Was werden Sie dafür tun, die Beteiligungsmöglichkeiten sowie die Förderung von Gestaltungskompetenzen von Kindern und Jugendlichen bei der Umsetzung der Nachhaltigkeitsstrategie und der Agenda 2030 für Nachhaltige Entwicklung zu stärken?

Ich setze mich dafür ein, dass Kinder und Jugendliche stärker in politische und gesellschaftliche Prozesse eingebunden werden und ihre Stimme stets gehört wird. Nur so kann generationengerechte Politik gelingen! In Nordrhein-Westfalen etwa haben sich die Freien Demokraten beispielsweise für ein unabhängiges und direktgewähltes Landesjugendparlament eingesetzt, welches verbindlichen Einfluss auf die Landespolitik nehmen kann.

► Werden Sie sich einsetzen, dass Kinder- und Menschenrechte die Grundlage politischer Entscheidungen zur Flüchtlingspolitik Deutschlands und der Europäischen Union sein werden?

Selbstverständlich setze ich mich dafür ein, dass Kinder- und Menschenrechte die Basis (sämtlicher) politischen Entscheidungen sind/ werden.

► Werden Sie sich dafür einsetzen, dass Lebens- und Arbeitsbedingungen in Herkunftsländern verbessert werden und die politischen Ressorts kohärent an der Bekämpfung von Fluchtursachen arbeiten?

Ja, ich setze mich natürlich dafür ein, dass die Lebens- und Arbeitsbedingungen in den Herkunftsländern der Flüchtlinge verbessert und Fluchtursachen ressortübergreifend kohärent bekämpft werden. Nur so kann erfolgreiche Flüchtlingspolitik aussehen!

► Wie werden Sie sich dafür einsetzen, dass bei der Abwägung über Abschiebungen von Minderjährigen das Kindeswohl höchste Priorität genießt?

Wir müssen das Aufenthaltsrecht so reformieren, dass gut integrierten Kindern und Jugendlichen und ihren Familien – im Sinne des Kindeswohls - ein sicherer Aufenthaltsstatus ermöglicht wird. Darüber hinaus müssen wir das Bleiberecht in der Ausbildung konsequent umsetzen. Grundsätzlich ist eine Begleitung von Familien mit dem Ziel freiwilliger Rückkehr vorzugswürdig. Sofern doch eine Abschiebung stattfinden muss, sind diese im Sinne des Kindeswohls jedenfalls so zu gestalten, dass Rückführungen aus der Schule vermieden werden.

► Die Inhaftierung von minderjährigen Flüchtlingen zum Zwecke der Abschiebung ist in Deutschland von gesetzlicher Seite immer noch möglich. Wie stehen Sie zu diesem Gesetz?

Wenn die entsprechenden Personen nicht bereit sind freiwillig auszureisen, ist eine Abschiebung und kann auch Abschiebehaft als letztes Mittel nötig sein. Wichtig ist, dass die entsprechenden Einrichtungen nicht gefängnisgleich, sondern altersgerecht gestaltet sind.

► Die Aussetzung des Familiennachzugs für subsidiär Schutzberechtigte gilt auch für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge bis zum 16.3.2018. Was werden Sie hinsichtlich dieser Einschränkung vor und/oder nach Ablauf der Frist tun? Welche Maßnahmen werden Sie ergreifen, damit ein schnellerer Nachzug von Sorgeberechtigten erfolgen kann?

Ich trete für die schnellstmögliche Einführung des „vorübergehenden humanitären Schutzes“ als eigenen Schutzstatus für Bürgerkriegsflüchtlinge ein, der für die meisten der bisher als subsidiär schutzbedürftig Eingestuften einen Familiennachzug ermöglichen würde.

► Wie sehen Sie diesen Umstand und werden Sie sich für eine bessere Gesundheitsversorgung von geflüchteten Kindern einsetzen?

Ich möchte mich insbesondere für eine bessere psychologische und psychotherapeutische Versorgung oft traumatisierter geflüchteter Kinder stark machen. Kranken Kindern muss zwingend geholfen werden, während wir im Übrigen aber auch keine Anreize für eine Einreise nicht-verfolgter Erwachsener zur Zwecke der Krankenversorgung setzen dürfen.

► Wie werden Sie sich dafür einsetzen, dass die Schulpflicht in allen Bundesländern direkt nach Einreise der geflüchteten Kinder gilt?

Bereits direkt nach der Einreise sollen Kinder in Vorbereitungsklassen schnell ausreichend Sprachkenntnisse erwerben um dem normalen Regelunterricht folgen zu können. In einzelnen Fächern wie etwa Sport kann der gemeinsame Unterricht mit den Regelklassen von Anfang an stattfinden. Mit wachsenden Deutschkenntnissen können nach und nach weitere Fächer gemeinsam unterrichtet werden bis möglichst zügig der Übergang in den Regelunterricht erfolgt. Zudem setzen sich die Freien Demokraten und ich mich für eine

Verlängerung der Schulpflicht für Flüchtlinge bis 25 Jahre ein, um auch älteren Heranwachsenden einen Ausbildungsabschluss und damit Chancen auf eine dauerhafte Integration ins Erwerbsleben zu ermöglichen.

► Werden Sie sich für ein neues, restriktives Rüstungsexportgesetz einsetzen, in dem Ablehnungskriterien rechtlich verbindlich verankert sind ebenso wie Klagerechte für Verbände, Opfer und Parlamentarier?

Ich werde mich für ein neues Rüstungsexportgesetz einsetzen, das Transparenz schafft und den Parlamentariern so eine bessere Entscheidungsgrundlage auf Basis definierter Genehmigungs- und Ablehnungskriterien bietet. Für vorgenannte Klagerechte kann ich mich als Juristin in keinem Bereich stark machen – sie laufen der Systematik und dem Charakter unseres Rechtssystems zuwider.

► Werden Sie sich für die Anhebung des Bundeswehr-Rekrutierungsalters auf 18 Jahre einsetzen – wie es auch vom UN-Ausschuss für die Rechte des Kindes und von der Kinderkommission des Deutschen Bundestages empfohlen wird?

Das Mindestalter von 17 Jahren halt sich meines Erachtens für den Einstieg bei der Bundeswehr bewährt. Wichtig ist mir insoweit das bestehende Verbot von Auslandseinsätzen für Minderjährige.

Mit freundlichen Grüßen

Katrin Helling-Plahr

Bundestagskandidatin der FDP im Wahlkreis Hagen – Ennepe-Ruhr-Kreis I